



**RAT DER
EUROPÄISCHEN UNION**



9729/13

(OR. en)

PRESSE 204
PR CO 26

MITTEILUNG AN DIE PRESSE

3240. Tagung des Rates

Allgemeine Angelegenheiten

Brüssel, den 21. Mai 2013

Präsident **Eamon GILMORE**
Stellvertretender Premierminister und Minister für
auswärtige Angelegenheiten und Handel

P R E S S E

Wichtigste Ergebnisse der Ratstagung

Der Rat prüfte einen Entwurf von Schlussfolgerungen für die Tagung des Europäischen Rates am 22. Mai 2013, auf der folgende Themen behandelt werden:

- Energie (Energiebinnenmarkt, Energieeffizienz, Verbundnetze und Diversifizierung der Energieträger) und
- Steuerwesen (Steuerhinterziehung und Steuerbetrug, automatischer Informationsaustausch, Besteuerung von Zinserträgen und Maßnahmen zur Bekämpfung des Mehrwertsteuerbetrugs).

Der Rat erörterte ferner die Entwicklungen bei der Vorbereitung des mehrjährigen Finanzrahmens (MFR) der EU für den Zeitraum 2014-2020.

INHALT¹

TEILNEHMER	5
-------------------------	----------

ERÖRTERTE PUNKTE

MEHRJÄHRIGER FINANZRAHMEN – <i>öffentliche Sitzung</i>	7
EUROPÄISCHER RAT	9
Vorbereitung der Mai-Tagung	9
Vorbereitung der Juni-Tagung	9
Weiteres Vorgehen im Anschluss an die Schlussfolgerungen des Europäischen Rates.....	9

SONSTIGE ANGENOMMENE PUNKTE*AUSWÄRTIGE ANGELEGENHEITEN*

– Beziehungen zu Russland.....	10
– Beziehungen zur Türkei	10

WIRTSCHAFT UND FINANZEN

– Infrastruktur im Bereich der Abfallwirtschaft – Bericht des Rechnungshofs.....	10
– Kostenwirksamkeit der Kohäsionspolitik – Bericht des Rechnungshofs	10

HANDELSPOLITIK

– Antidumping – Polyethylenterephthalat mit Ursprung in asiatischen Ländern	11
---	----

FORSCHUNG

– Zusammenarbeit in Bezug auf den Atlantischen Ozean mit Kanada und den USA	11
---	----

LEBENSMITTELRECHT

– Etikettierung von Lebensmitteln mit Phytosterinzusatz	12
---	----

- ¹
- Sofern Erklärungen, Schlussfolgerungen oder Entschlüsse vom Rat förmlich angenommen wurden, ist dies in der Überschrift des jeweiligen Punktes angegeben und der Text in Anführungszeichen gesetzt.
 - Dokumente, bei denen die Dokumentennummer im Text angegeben ist, können auf der Website des Rates <http://www.consilium.europa.eu> eingesehen werden.
 - Rechtsakte, zu denen der Öffentlichkeit zugängliche Erklärungen für das Ratsprotokoll vorliegen, sind durch * gekennzeichnet; diese Erklärungen können auf der genannten Website des Rates abgerufen werden oder sind beim Pressedienst erhältlich.

ERNENNUNGEN

– Ausschuss der Regionen..... 12

TEILNEHMER**Belgien:**

Didier REYNDERS

Vizepremierminister und Minister der Auswärtigen Angelegenheiten, des Außenhandels und der Europäischen Angelegenheiten

Bulgarien:

Ivan NAYDENOV

Stellvertretender Minister für auswärtige Angelegenheiten

Tschechische Republik:

Vojtěch BELLING

Staatssekretär (Kabinett)

Dänemark:

Nicolai WAMMEN

Minister für europäische Angelegenheiten

Deutschland:

Michael LINK

Staatsminister im Auswärtigen Amt

Estland:

Matti MAASIKAS

Ständiger Vertreter

Irland:

Eamon GILMORE

Stellvertretender Premierminister (Tánaiste) und Minister für auswärtige Angelegenheiten und Handel
Principal Officer, Abteilung für EU-Angelegenheiten und Koordinierung

Helen BLAKE

Griechenland:

Dimitrios KOURKOULAS

Staatssekretär für auswärtige Angelegenheiten

Spanien:

Íñigo MÉNDEZ DE VIGO Y MONTOJO

Staatssekretär für die Europäische Union

Frankreich:

Thierry REPENTIN

Minister für europäische Angelegenheiten

Italien:

Enzo MOAVERO MILANESI

Minister, zuständig für europäische Angelegenheiten

Zypern:

Ioannis KASOULIDES

Minister für auswärtige Angelegenheiten

Lettland:

Edgars RINKĒVIČS

Minister für auswärtige Angelegenheiten

Litauen:

Vytautas LEŠKEVIČIUS

Stellvertretender Minister für auswärtige Angelegenheiten

Luxemburg:

Jean ASSELBORN

Vizepremierminister, Minister für auswärtige Angelegenheiten

Ungarn:

Enikő GYŐRI

Staatssekretärin für EU-Angelegenheiten, Ministerium für auswärtige Angelegenheiten

Malta:

Louis GRECH

Stellvertretender Premierminister und Minister für europäische Angelegenheiten und die Umsetzung des Wahlprogramms

Niederlande:

Frans TIMMERMANS

Minister für auswärtige Angelegenheiten

Österreich:

Reinhold LOPATKA

Staatssekretär für auswärtige Angelegenheiten

Polen:

Marek PRAWDA

Ständiger Vertreter

Portugal:

Miguel MORAIS LEITÃO

Beigeordneter Staatssekretär für europäische Angelegenheiten

Rumänien:

Titus CORLĂȚEAN

Minister für auswärtige Angelegenheiten

Slowenien:

Igor SENČAR

Staatssekretär, Ministerium für auswärtige Angelegenheiten

Slowakei:

Peter JAVORČÍK

Staatssekretär, Ministerium für auswärtige Angelegenheiten

Finnland:

Jan STORE

Ständiger Vertreter

Schweden

Birgitta OHLSSON

Ministerin für europäische Angelegenheiten

Vereinigtes Königreich:

David LIDINGTON

Staatsminister für auswärtige Angelegenheiten und Commonwealth-Fragen

Kommission:

Maroš ŠEFČOVIČ

Vizepräsident

Janusz LEWANDOWSKI

Mitglied

Die Regierung des Beitrittsstaates war wie folgt vertreten:

Kroatien:

Joško KLISOVIĆ

Stellvertretender Minister für auswärtige und europäische Angelegenheiten

ERÖRTERTE PUNKTE

MEHRJÄHRIGER FINANZRAHMEN – öffentliche Sitzung

Der irische Vorsitz unterrichtete die Minister anhand des in Dokument [9486/13](#) enthaltenen Vermerks über den Stand der Beratungen mit dem Europäischen Parlament über den mehrjährigen Finanzrahmen (MFR) der EU für den Zeitraum 2014-2020. Er bat den Rat ferner um Orientierungshilfe zu den vier Fragen, die das Parlament hinsichtlich des nächsten MFR aufgeworfen hatte (Überprüfung, Eigenmittel, Einheit des Haushaltsplans und Flexibilität).

Der Vorsitz wies auf die Schritte hin, die bisher – d.h. seit der auf der Februar-Tagung des Europäischen Rates erzielten Einigung – in den Gesprächen mit dem Europäischen Parlament erfolgt sind. Er teilte mit, dass die MFR-Detailverhandlungen mit dem Parlament am 13. Mai mit einem ersten formellen Trilog eingeleitet wurden.

Er erinnerte die Minister ferner an den wichtigen Schritt, den der Rat am 14. Mai in Richtung Parlament getan hat, als er politische Einigung über den Entwurf des Berichtigungshaushaltsplans Nr. 2 für 2013 und die Bereitstellung einer ersten Tranche von 7,3 Mrd. EUR zur Förderung des Wirtschaftswachstums und zur Schaffung von Arbeitsplätzen erzielte und zusagte, im weiteren Verlauf des Jahres auf die Angelegenheit zurückzukommen.

Der Vorsitz bekräftigte seine Entschlossenheit, bis Ende Juni eine Einigung mit dem Europäischen Parlament zu erzielen. Nach Einschätzung des Vorsitzes ist dieses Ziel weiterhin erreichbar, sofern alle Beteiligten bereit sind, sich konstruktiv einzubringen. Der Vorsitz betonte, dass jede weitere Verzögerung zu Lasten der EU-Bürger gehe, die wissen müssten, woran sie seien.

Alle Mitgliedstaaten unterstützten die Bemühungen des Vorsitzes um eine rechtzeitige Einigung. Viele Delegationen betonten, dass die politische Einigung über den Entwurf des Berichtigungshaushaltsplans 2/2013, die der Rat so früh im Jahr und über einen derart hohen Betrag erzielt habe, einen wichtigen Schritt darstelle; sie forderten daher vom Europäischen Parlament eine ähnliche Kompromissbereitschaft.

Hinsichtlich der vier spezifischen Fragen des Europäischen Parlaments bekräftigten die Delegationen, dass sie einer konstruktiven Prüfung dieser Fragen offen gegenüberstünden.

Genauer gesagt erklärten sich die Delegationen bereit, eine rechtsverbindliche Verpflichtung der Kommission, im Jahr 2017 eine Überprüfung vorzulegen, zu prüfen, sofern das Erfordernis der Einstimmigkeit für die Abstimmung im Rat über die MFR-Verordnung beachtet werde und die vorab festgelegten Mittelzuweisungen aufrechterhalten würden. Hinsichtlich der Eigenmittel zeigten sich die Delegationen bereit, eine Erklärung in Betracht zu ziehen, in der ein politischer Fahrplan für die Arbeiten im Hinblick auf die Zukunft festgelegt wird. Was die Einheit des Haushaltsplans angeht, so zeigten sich die Delegationen in gewissem Maße dafür aufgeschlossen, dem jährlichen Entwurf eines Haushaltsplans ein Dokument der Kommission beizufügen, in dem alle vom EU-Haushaltsplan abgedeckten Ausgaben ausgewiesen werden. Hinsichtlich der Flexibilität könnten sich viele Delegationen vorstellen, die Möglichkeit einer Übertragung nicht genutzter Mittel im Rahmen der Zahlungsobergrenzen von einem Jahr auf das nächste und das Vorziehen einiger Ausgaben, wie etwa für die neue Beschäftigungsinitiative für Jugendliche, weiter zu erörtern.

Der Vorsitz bestätigte, dass die Verhandlungen mit dem Europäischen Parlament in der laufenden und in der kommenden Woche fortgesetzt würden, wobei für den 28. Mai ein weiterer politischer Trilog anberaumt sei. Neben einer Einigung über den MFR möchte der irische Vorsitz auch eine Einigung mit dem Parlament über rund 70 sektorspezifische Gesetzgebungsakte erzielen, die die Grundlage für die Finanzierungsprogramme der EU bilden. Die neuen Programme könnten dann fristgerecht im Januar 2014 beginnen.

Der Europäische Rat hat am 8. Februar 2013 Einigung über den nächsten MFR erzielt und dem irischen Vorsitz ein Mandat für die Verhandlungen mit dem Europäischen Parlament erteilt ([37/13 + COR 1 REV 1](#)).

Das Europäische Parlament hat am 13. März eine Entschließung angenommen, in der seine [Position für die Verhandlungen](#) über den nächsten MFR dargelegt wird.

Weitere Informationen zu den Verhandlungen sind auf der Website des Rates zum MFR zu finden: <http://www.consilium.europa.eu/special-reports/mff?lang=de>.

EUROPÄISCHER RAT

Vorbereitung der Mai-Tagung

Der Rat prüfte einen Entwurf von Schlussfolgerungen für die Tagung des Europäischen Rates am 22. Mai 2013.

Der Europäische Rat wird sich mit den Themen Energie und Steuerwesen befassen.

- Energie : Diesbezüglich soll die erste von mehreren themenspezifischen Diskussionen zum Problemkreis "Wachstum, Beschäftigung und Wettbewerbsfähigkeit" geführt werden; Schwerpunkte dieser ersten Aussprache werden die Themen Umsetzung des Energiebinnenmarkts, Energieeffizienz, Verbundnetze und Diversifizierung der Energieträger sein.
- Steuerwesen: Hier wird der Schwerpunkt auf wirksamen Schritten zur Bekämpfung von Steuerhinterziehung und Steuerbetrug liegen. Es wird erwartet, dass der Europäische Rat dazu aufrufen wird, in einer Reihe von Fragen rasche Fortschritte zu erzielen (u.a. automatischer Informationsaustausch, Besteuerung von Zinserträgen und Maßnahmen zur Bekämpfung des Mehrwertsteuerbetrugs).

Der Entwurf von Schlussfolgerungen wird anhand der Beratungsergebnisse des Rates überarbeitet.

Vorbereitung der Juni-Tagung

Der Rat hat einen Entwurf einer erläuterten Tagesordnung für die Tagung des Europäischen Rates am 27. und 28. Juni 2013 geprüft (Dok. [9165/13](#)).

Im Mittelpunkt der Beratungen des Europäischen Rates sollen folgende Themen stehen:

- Wirtschaftspolitik: Europäisches Semester, Umsetzung des Pakts für Wachstum und Beschäftigung, industrielle Wettbewerbsfähigkeit und "intelligente" Regulierung;
- Wirtschafts- und Währungsunion: Bankenunion und Antrag Lettlands auf Beitritt zum Euro-Währungsgebiet.

Auf der Grundlage eines Entwurfs von Schlussfolgerungen des Europäischen Rates wird der Rat auf seiner Tagung am 25. Juni eine weitere Beratung abhalten.

Weiteres Vorgehen im Anschluss an die Schlussfolgerungen des Europäischen Rates

Der Vorsitz legte einen Bericht über die Umsetzung der Schlussfolgerungen des Europäischen Rates vor, der alle laufenden Aufgaben erfasst, die sich aus den Leitlinien des Europäischen Rates ergeben ([9190/1/13](#)).

SONSTIGE ANGENOMMENE PUNKTE**AUSWÄRTIGE ANGELEGENHEITEN****Beziehungen zu Russland**

Der Rat einigte sich auf den von der EU und ihren Mitgliedstaaten im Ständigen Partnerschaftsrat EU-Russland zu vertretenden Standpunkt zu Einrichtung, Zusammensetzung, Aufgaben und Arbeitsweise von regelmäßigen Zusammenkünften hoher Beamter im Bereich der Freiheit, der Sicherheit und des Rechts.

Das Ziel dieser Zusammenkünfte soll darin bestehen, die Kontinuität der Arbeiten zwischen den jährlichen Tagungen des Ständigen Partnerschaftsrats EU-Russland im Bereich der Freiheit, der Sicherheit und des Rechts zu gewährleisten. Die EU betrachtet die Zusammenkünfte als informelle Runden zur politischen Koordinierung, die keine Beschlüsse mit rechtlicher Wirkung zu fassen haben.

Beziehungen zur Türkei

Der Rat nahm den Standpunkt der EU für die 51.Tagung des Assoziationsrates EU-Türkei an, die am 27. Mai in Brüssel stattfinden wird.

WIRTSCHAFT UND FINANZEN**Infrastruktur im Bereich der Abfallwirtschaft – Bericht des Rechnungshofs**

Der Rat verabschiedete Schlussfolgerungen zum Sonderbericht Nr. 20/2012 des Europäischen Rechnungshofs "Gewährleistet die Förderung von Infrastrukturprojekten für die Siedlungsabfallwirtschaft im Rahmen von Strukturmaßnahmen eine wirksame Unterstützung der Mitgliedstaaten beim Erreichen der Ziele der EU-Abfallpolitik?".

Diese Schlussfolgerungen sind in Dokument [9238/13](#) enthalten.

Kostenwirksamkeit der Kohäsionspolitik – Bericht des Rechnungshofs

Der Rat verabschiedete Schlussfolgerungen zum Sonderbericht Nr. 21/2012 des Europäischen Rechnungshofs "Kostenwirksamkeit von im Rahmen der Kohäsionspolitik getätigten Investitionen in die Energieeffizienz".

Diese Schlussfolgerungen sind in Dokument [9245/13](#) enthalten.

HANDELSPOLITIK**Antidumping – Polyethylenterephthalat mit Ursprung in asiatischen Ländern**

Der Rat nahm eine Verordnung an, mit der nach einer Überprüfung wegen bevorstehenden Außerkrafttretens gemäß Verordnung (EG) Nr. 597/2009 ("der Antisubventions-Grundverordnung der EU") ein endgültiger Ausgleichszoll auf die Einfuhren von bestimmtem Polyethylenterephthalat (PET) mit Ursprung in Indien eingeführt wird (Dok. [8834/2/13](#)).

Er lehnte einen Vorschlag (Dok. [8835/13](#)) ab, der darauf abstellte, im Anschluss an eine Auslaufüberprüfung nach der Verordnung (EG) Nr. 1225/2009 ("der Antidumping-Grundverordnung der EU") und zur Einstellung des Verfahrens der Auslaufüberprüfung betreffend die Einfuhren von bestimmtem PET mit Ursprung in Indonesien und Malaysia einen endgültigen Antidumpingzoll auf die Einfuhren von bestimmtem PET mit Ursprung in Indien, Taiwan und Thailand einzuführen.

Die für diese fünf Länder geltenden Antidumpingzölle treten damit außer Kraft.

Gegenwärtig sind PET-Einfuhren aus China (aufgrund der im November 2010 erfolgten Verlängerung) mit Antidumpingzöllen belegt; seit September 2010 sind Ausgleichsmaßnahmen für Einfuhren von PET mit Ursprung in Iran, Pakistan und den Vereinigten Arabischen Emiraten in Kraft.

FORSCHUNG**Zusammenarbeit in Bezug auf den Atlantischen Ozean mit Kanada und den USA**

Der Rat billigte den Entwurf einer Erklärung zur Einleitung einer Initiative mit Kanada und den Vereinigten Staaten von Amerika über die Erforschung der Meere, die eine Zusammenarbeit in Bezug auf den Atlantischen Ozean vorsieht.

Die Erklärung soll anlässlich der hochrangigen Veranstaltung "*The Atlantic – a shared resource*" ("*Der Atlantik – eine gemeinsame Ressource*"), die am 23. und 24. Mai in Galway (Irland) stattfinden wird, unterzeichnet werden.

Die Zusammenarbeit soll das Wissen über den Atlantischen Ozean und seine dynamischen Systeme erweitern, die Gesundheit des Ozeans und seine Pflege verbessern und die nachhaltige Bewirtschaftung seiner Ressourcen fördern. Sie soll allen Beteiligten Nutzen bringen; dazu gehören auch bessere Bewertungen und Prognosen für die Ökosysteme und ein besseres Verständnis der Gefährdungen und Risiken, einschließlich derer, die mit dem globalen Klimasystem und den Auswirkungen des Klimawandels zusammenhängen.

LEBENSMITTELRECHT

Etikettierung von Lebensmitteln mit Phytosterinzusatz

Der Rat beschloss, den von der Kommission beabsichtigten Erlass einer Verordnung, die gewährleisten soll, dass im Rahmen der Kennzeichnung von Lebensmitteln und Lebensmittelzutaten mit Phytosterin-, Phytosterinester-, Phytostanol- und/oder Phytostanolesterzusatz kohärente Angaben gemacht werden (Dok. [8481/13](#)), nicht abzulehnen.

Der Verordnungsentwurf unterliegt dem Regelungsverfahren mit Kontrolle; nachdem der Rat nun eingewilligt hat, kann die Kommission die Verordnung erlassen, sofern das Europäische Parlament keine Einwände erhebt.

ERNENNUNGEN

Ausschuss der Regionen

Der Rat ernannte Herrn Mick ANTONIW, Frau Paula BAKER, Herrn Anthony Gerard BUCHANAN und Frau Dee SHARPE (Vereinigtes Königreich) für die verbleibende Amtszeit, d.h. bis zum 25. Januar 2015, zu Mitgliedern des Ausschusses der Regionen (Dok. [9367/13](#)).
